



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Pressemitteilung

Donnerstag, 15. Juli 2010  
Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Juni informieren.

In diesem Monat hat sich als alles überlagerndes und sicherlich auch die nächsten Wochen und Monate bestimmendes Thema die Vorbereitung des Doppelhaushalts 2011/12 herauskristallisiert. Das Ziel war, ist und bleibt, einen ausgeglichenen Staatshaushalt aufzustellen. Dies sind wir schon den nachfolgenden Generationen schuldig. Allerdings machen die Folgen von Finanz- und Wirtschaftskrise dies alles andere als einfach. So hat noch vor wenigen Monaten ein Loch von drei Milliarden Euro im Haushalt für das kommende Jahr geklafft. Dank der anziehenden Konjunktur und in der Folge wieder steigender Steuereinnahmen hat sich dieses strukturelle Defizit inzwischen auf zwei Milliarden Euro verringert. Aber auch dies macht etwa fünf Prozent des Bayerischen Staatshaushalts aus. Es bedarf folglich enormer Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative der Fraktion zu sehen, die auf eine Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs abzielt. Denn nach wie vor nicht einsichtig bleibt, dass der Freistaat Bayern andere Bundesländer zu unterstützen hat, die – wie Berlin mit einem kostenfreien Kindergartenjahr und üppiger Kulturförderung – ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr Leistungen bieten als es der Freistaat selbst tut.

Anfang Juli hat ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zur so genannten Präimplantationsdiagnostik für Aufsehen gesorgt. Das Gericht hat dabei festgestellt, dass ein Arzt nicht juristisch belangt werden kann, wenn er bei im Reagenzglas erzeugten Embryonen genetische Diagnostik anwendet. Mit dieser Entscheidung hat der BGH den bisher gültigen gesamtgesellschaftlichen Konsens verlassen, der eine Präimplantationsdiagnostik (PID) abgelehnt hat. Als Sprecher der

CSU-Landtagsfraktion für bioethische Fragestellungen habe ich den Bundesgesetzgeber aufgefordert, diesen Konsens beim Schutz der Embryonen wieder herzustellen und eine entsprechende Klarstellung im Embryonenschutzgesetz vorzunehmen. Hauptgrund ist für mich, dass die PID einer Selektion Tür und Tor öffnet. Mit Hilfe der PID könnte man Embryonen nämlich nach den Kriterien behindert/nicht behindert, männlich/weiblich, mit/ohne Erbanlagen für bestimmte Krankheiten oder gar nach weiteren, willkürlich aufgestellten Kriterien auswählen. Damit aber würde der Rubikon überschritten und der Mensch seine Kompetenzen übersteigen, indem er aktiv in die Schöpfung eingreift. Der Weg zum Designer-Baby wäre damit geebnet. Das aber ist ein Horrorszenario. Und muss ein solches bleiben. Die PID ist meines Erachtens wieder ein Beispiel dafür, dass der Mensch nicht alles darf, was er kann.

Grenzfragen der Ethik hat der Arbeitskreis „Wehrpolitik“ der CSU-Landtagsfraktion unwillkürlich bei einer Informationsfahrt in die neuen Bundesländer gestreift. Im Stab der 13. Panzergrenadierdivision in Leipzig - der einzigen im Osten Deutschlands stationierten Heeresdivision mit insgesamt 12.500 Soldaten - trafen wir unter anderem mit dem Leiter des Divisionsstabes, Oberst i.G. Georg Klein zusammen, der im September 2009 den folgenschweren Luftangriff von Kundus befohlen hatte. Ich habe Oberst Klein im Gespräch als einen sehr ruhigen, reflektierten und umsichtigen Stabsoffizier mit hohem Verantwortungsbewusstsein kennen gelernt.

Die Informationsfahrt war unter dem Motto „Auf den Spuren der Wiedervereinigung“ gestanden. So hatte Oberst Klein am Tag der Wiedervereinigung, am 3. Oktober 1990, als junger Hauptmann einen Bundeswehrverband im Osten Deutschlands übernommen. Es waren ganz besondere Eindrücke und Gefühle, so hat uns der Offizier berichtet, als „Westoffizier“ in Uniform die – ehemalige – innerdeutsche Grenze zu überschreiten, die bis zum Vortag die beiden großen Blöcke NATO und Warschauer Pakt getrennt hatte. Die integrierende, Ost und West verbindende Kraft der Bundeswehr kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Rekruten aus den neuen Bundesländern wurden und werden in den alten eingesetzt und umgekehrt. Das hat das gegenseitige Verständnis gestärkt und wie selbstverständlich zum Zusammenwachsen unseres Landes beigetragen. Deswegen, aber auch wegen der Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung für die Streitkräfte und der Tatsache, dass sich das Modell des ‚Staatsbürgers in Uniform‘ in den letzten 55 Jahren bestens bewährt hat, bin und bleibe ich ein entschiedener Verfechter der Wehrpflicht. Diese Frage wird in den nächsten Wochen und Monaten in unserem Land, aber auch in unserer Partei sehr intensiv diskutiert werden. Dabei dürfen nicht nur militärische Aspekte eine Rolle spielen, sondern auch die gesellschaftlichen. So ist die Verwurzelung unserer Streitkräfte in der Bevölkerung durch die Wehrpflicht ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Dass wir nicht mit einem Federstrich abschaffen dürfen, was etwa Franz Josef Strauß über Jahrzehnte hin aufgebaut hat, gilt aber auch für die wehrtechnischen Unternehmen, die in überproportionaler Dichte in Bayern angesiedelt sind. Sie – und damit viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Familien - würden bei einer extremen Kürzung des Verteidigungsetats am meisten leiden. Auch dies hat der Arbeitskreis Wehrpolitik gegenüber Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg sowie seinem Staatssekretär Christian

Schmidt zur Sprache gebracht.

Auch im Bereich der Energiepolitik sind Interessen des Freistaats tangiert. Bei einer Netzwerktagung junger Abgeordneter der CSU und CDU aus den Landtagen und dem Bundestag Ende Juni in Berlin referierte Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen über energiepolitische Fragen. Er plädierte dabei dafür, den Strom in unserem Land mittel- bis langfristig ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Eine wichtige Rolle hierbei würden Offshore-Windparks in der Nordsee spielen. Aber auch der Photovoltaik, der Stromerzeugung aus dem Sonnenlicht, prophezeite der Minister eine blendende Zukunft. Die Photovoltaik-Branche ist überproportional stark in Bayern vertreten – mit der Phoenix Solar AG in Sulzemoos haben wir eines der Flaggschiffe ja sogar in unserem Landkreis. Trotz der geplanten Kürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird sich die Stromgewinnung aus der Sonne nach Einschätzung des Ministers deutlich steigern: zu den Kapazitäten von aktuell 9.000 MW, was etwa einem Prozent der Energieerzeugung in unserem Land entspreche, kämen in diesem Jahr allein 6.000 bis 9.000 MW hinzu. Damit würden sich die photovoltaischen Produktionskapazitäten in diesem Jahr glatt verdoppeln. In den nächsten Jahren rechnet der Minister mit weiteren Steigerungen um 4.000 bis 5.000 MW pro Jahr bei der Photovoltaik. Dies halte ich für ganz entscheidend: Der Freistaat Bayern darf bei der Energiegewinnung der Zukunft – etwa durch die geplanten Windparks vor der norddeutschen Küste - keinesfalls abgehängt werden, sondern muss statt dessen – wie bisher auch – einen überproportionalen Beitrag zur Versorgung unseres Landes mit Elektrizität leisten.

Bedauert habe ich am 12. Juli den Bericht der Dachauer SZ, der die Diskussion über eine etwaige Frauen-Quote innerhalb der CSU sehr platt und einseitig dargestellt hat. Wir brauchen bedeutend mehr Frauen in der CSU und müssen sie nach Kräften fördern. Eine Quote ist dafür allerdings der falsche Weg. Es sind vielmehr die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die für viele Frauen immer noch eine Hürde für ehrenamtliches politisches Engagement darstellen. Hier müssen wir ansetzen: Familie und Erwerbstätigkeit besser unter einen Hut zu bekommen, Familienarbeit noch mehr auch auf die Schultern der Väter zu verlagern. Beispiele für Schritte in die richtige Richtung sind sicherlich der voranschreitende Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für Unter-Dreijährige sowie die vermehrte Inanspruchnahme der Partnermonate beim Elterngeld auch durch Väter. Auf diese Weise kann das gesellschaftliche Bewusstsein geändert werden. Die Festlegung einer Quote könnte für Frauen sogar ein Schuss sein, der nach hinten losgeht. Man stelle sich vor, für fünf Posten stünden fünf hochqualifizierte Frauen zur Verfügung. Dann müssten Sie bei einer Frauen-Quote von 40 Prozent dennoch drei Männer ausgewählt werden, auch wenn diese weit weniger qualifiziert und geeignet sein sollten. Qualifikation und Eignung sollten nach meiner festen Überzeugung die Kriterien für die Vergabe von Ämtern sein, nicht das Geschlecht. Dass der Artikel zudem einfach Eva Rehm als stellvertretende Landrätin und Zweite Bürgermeisterin von Erdweg sowie Claudia Kops als Zweite Bürgermeisterin von Haimhausen unterschlagen hat, kam erschwerend hinzu.

In meinem letzten Rundbrief hatte ich Sie/Euch auf eine Diskussion hingewiesen, die ich am 1. Juli bei den Wirtschaftsunioren Dachau mit dem Präsidenten der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), Randolf Rodenstock, zum Thema „Ethik im Wirtschaftsleben“ geführt habe. Ich

habe dabei die Auffassung vertreten, dass das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen (englisch: Corporate Social Responsibility – kurz CSR) stärker als bisher gefördert werden sollte. Mich freut, dass die vbw nach dieser Diskussion reagiert hat und nun eine Beratungsstelle für Unternehmen in Sachen CSR schaffen möchte. Mitte September soll sie, so die Planungen, zusammen mit Sozialministerin Christine Haderthauer vorgestellt werden. Dies belegt: auch von Dachau aus können wir etwas bewegen!

So weit die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Bernhard Seidenath". The signature is written in a cursive style with a large initial "B".

Bernhard Seidenath

## Linksextremismus wirksam entgegentreten

Die CSU-Fraktion beobachtet die **zunehmende linksextremistische Gewalt** mit großer Sorge. Mit dem erschreckenden Vorfall vom 12. Juni 2010 in Berlin, bei dem linksextremistische Gewalttäter einen Sprengsatz auf Polizeibeamte warfen und zwei Polizisten schwer verletzten, wurde eine **neue Eskalationsstufe** erreicht, die alle demokratischen Kräfte unseres Landes aufrütteln sollte.

Wir müssen aber leider feststellen, dass **Teile der politischen Linken** das Phänomen linksextremistischer Gewalt nach wie vor **verharmlosen**.

Um dem entgegenzuwirken, haben wir das Thema **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgegriffen.

Darin haben wir unseren **Standpunkt**, dass **linksextremistische Gewalt ebenso gesellschaftlich zu ächten ist wie rechtsextremistische**, noch einmal deutlich gemacht. Linksextremistische Gewalt zu billigen oder gar wegen ihres vermeintlich legitimen Widerstands gegen Rechtsextremismus gut zu heißen, zeugt von einer **grundlegend falsch verstandenen Toleranz**. Für uns ist **Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung**

und muss daher von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften geächtet bleiben.

Wir haben die **Staatsregierung** im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel daher **aufgefordert**, die **Aufklärungs- und Präventionsarbeit** gegen Linksextremismus mit gleicher Intensität wie jene gegen Rechtsextremismus zu unterstützen. Außerdem sollen **alle präventiven Mittel** ergriffen werden, um Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus dauerhaft entgegenzuwirken. Bei der **Extremismusaufklärung** soll die **Vernetzung mit den Schulen und anderen Bildungsträgern verstärkt** werden. Schließlich haben wir die Staatsregierung gebeten, die **Aktivitäten der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus**, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt bislang im Bereich Rechtsextremismus hat, im Bereich des Linksextremismus auf ein vergleichbares Niveau **auszuweiten**.

## **Anreizgerechte Gestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf den Weg bringen**

Die CSU-Fraktion **bekannt sich** zu den vereinbarten Regelungen des **bundesstaatlichen Finanzausgleichs**, die noch bis zum 31. Dezember 2019 gelten.

Bei der **Neuregelung** für die Zeit **ab dem Jahre 2020** müssen nach unserer Überzeugung aber die **gravierenden Mängel und Unzulänglichkeiten** des gegenwärtigen Ausgleichsystems **beseitigt werden**, um **Fehlanreize künftig zu vermeiden**.

Angesichts der hohen Komplexität der Materie haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass **möglichst rasch Gespräche** unter den Ländern und zwischen dem Bund und den Ländern aufgenommen werden, um **frühzeitig eine sachgerechte Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs vorzubereiten**.

Unser **Ziel** ist dabei ein Finanzausgleich, der den Nehmerländern **Hilfe zur Selbsthilfe** gewährt und **gezielt Anreize bietet, vom Nehmer- zum Geberland zu werden**.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind nach unserer Überzeugung vor allem **zwei Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung**:

So soll künftig jedem Land, das seine Wirtschaftskraft stärkt und seine Steuerquellen pflegt, ein **angemessener Anteil** an den daraus resultierenden **zusätzlichen Steuereinnahmen verbleiben**. Dies fördert nicht nur den

Wettbewerb der Länder untereinander, sondern erzeugt zusätzliche Anreize, höhere Einnahmen zu erzielen.

Im System des Länderfinanzausgleichs hat Bayern bislang als einziges Land den Wechsel vom Empfänger- zum dauerhaften Zahlerland geschafft. Aus diesem Grunde ist es aus Sicht der CSU-Fraktion notwendig, den **Nehmerländern Vorgaben** dahingehend **zu machen**, dass sie die **empfangenen Mittel zielgerichtet verwenden müssen**, um ihre eigene, originäre Finanz- und Wirtschaftskraft zu verbessern. Nur so können wir sicherstellen, dass sie zukünftig auf Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich nicht mehr angewiesen sind.

Die **gegenwärtigen Regelungen** des Länderfinanzausgleichs sind für uns in Zukunft jedenfalls **nicht mehr akzeptabel**, da der Freistaat Bayern annähernd die Hälfte der bundesweiten Gesamtausgleichssumme von 6,9 Mrd. Euro leisten muss. Seit dem Jahre 1950 hat der Freistaat kaufkraftbereinigt bereits über 34 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, als Empfängerland aber lediglich 9,5 Mrd. - vorwiegend bis in die siebziger Jahre - erhalten.

Beim dazukommenden Umsatzsteuer-ausgleich leistete Bayern 2009 noch einmal knapp 1,7 Mrd. Euro. Auch in diesem Bereich entfällt vom bundesweiten Gesamtbetrag von 7,3 Mrd. Euro immerhin auch knapp 1/4 auf Bayern.

## Zukunft der Regionalförderung

Die **Fortführung der Regionalförderung aus dem Strukturfonds** der Europäischen Union **über das Jahr 2013 hinaus** ist für die CSU-Fraktion **unverzichtbar**. Im Hinblick auf ein starkes, nachhaltiges und ausbalanciertes Wachstum in Europa müssen auch Regionen wie Bayern weiterhin gezielt gefördert werden.

**Darüber hinaus** sind die **Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur** und die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der **bayerischen regionalen Förderprogramme fortzuführen**. Um der Abwanderung von jungen und qualifizierten Arbeitssuchenden aus den ost-

bayerischen Grenzregionen entgegenzuwirken, ist vor allem die **Förderung von privaten Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen** im Grenzraum notwendig. Bei der konkreten Ausgestaltung der Regionalförderung ist auf den **Abbau des beihilfe-rechtlichen Fördergefälles** zu den Nachbarregionen Bayerns hinzuwirken, um förderbedingte Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Wir haben deshalb die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich weiterhin in diesem Sinne bei der Europäischen Union und beim Bund für bayerische Interessen einzusetzen.

## Errichtung eines europäischen Gerichts für europäische Patentangelegenheiten

Für den Freistaat Bayern mit seiner Landeshauptstadt München ist es wichtig, bei der **Auswahl des Sitzes europäischer Institutionen**, angemessen berücksichtigt zu werden. Das Deutsche Patentamt und das Europäische Patentamt haben beide ihren Sitz in München.

Die CSU-Fraktion hat vor diesem Hintergrund die **Staatsregierung aufgefordert**, über den Bund und bei den europäischen Institutionen **darauf hin-**

**zuwirken**, dass das bereits in den einschlägigen EU-Institutionen Luxemburgs in die Diskussion gebrachte „**Europäische Patentgericht**“ in **München errichtet wird**.

Die räumliche Nähe zum Europäischen Patentamt und die Dichte auf Patentangelegenheiten spezialisierter Rechtsanwälte in der Landeshauptstadt bieten **Synergieeffekte**, die wir unbedingt nutzen sollten.

## **Bahnanbindung Südostbayerns an den Flughafen München**

Eine **neu entwickelte Hybridtechnologie** ermöglicht es, Triebwagen mittels eines einheitlichen Antriebstrangs, der sowohl Strom als auch Dieselmotor nutzen kann, auf elektrifizierten und nicht elektrifizierten Strecken einzusetzen. Durch Einsatz dieser Hybridtechnologie kann eine **effiziente Flughafenbindung Südostbayerns** und Salzburgs realisiert werden, bevor die Strecke München-Mühldorf-Freilassing vollständig elektrifiziert ist.

Um dieses **für die Region wichtige verkehrspolitische Projekt** voranzu-

treiben, **forderte** die CSU-Fraktion die **Staatsregierung auf**, beim **Bund** weiterhin auf alle Maßnahmen hinzuwirken, die zu einer **beschleunigten Realisierung der** laut Sachverständigengutachten zur Anbindung des Flughafens München an die Region Südostbayern **notwendigen Begegnungsschnitte** Markt Schwaben-Hörlkofen und Obergeislbach-Dorfen führen. Außerdem soll der **Einsatz von Hybridtriebfahrzeugen** auf der Strecke Salzburg-Mühldorf-Flughafen München **geprüft werden**.

## **Verbesserung der Personalsituation an beruflichen Schulen in Bayern in den Fächern Katholische und Evangelische Religionslehre**

Es gibt wegen des **Mangels an ausgebildeten Lehrkräften** einen **erheblichen Unterrichtsausfall** an beruflichen Schulen. Die beobachtet die CSU-Fraktion mit großer Sorge.

Wir haben die **Staatsregierung** deshalb in einem Antrag **aufgefordert, zu prüfen**, wie die Personalsituation an beruflichen Schulen in Bayern in den Fächern Evangelische und Katholische

Religionslehre **verbessert** werden kann.

Denn die **Vermittlung christlicher Traditionen und Werte** an unseren Schulen ist seit jeher ein **zentrales Anliegen unserer Politik**.

## Zukunft der Nanotechnologie in Bayern: Chancen für Umwelt und Gesundheit verantwortungsvoll nutzen und fördern

Die CSU-Fraktion ist davon überzeugt, dass die **Nanotechnologie eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts** und daher für den Standort Bayern eine **große Bedeutung** erlangen wird.

Die Möglichkeiten der Nanotechnologie sind **erst in Ansätzen erforscht**. Es zeichnet sich aber schon heute ab, dass der Einsatz neuartiger Nanomaterialien **vielfältige Chancen** eröffnet, **insbesondere in den Bereichen Umwelt und Gesundheit**.

**Schon heute** gehört der Freistaat Bayern bei der **Forschung zu den führenden Nanotechnologiestandorten** in

Deutschland. Unser **Ziel** ist es, auch die **Technologieführerschaft im Anwendungsbereich** zu erlangen.

Wir haben die **Staatsregierung** daher in einem Antrag **aufgefordert**, dem Landtag über den Stand, die Potentiale und die Perspektiven der Nanotechnologie in Bayern **zu berichten**.

Damit wollen wir die Chancen der Nanotechnologie in den Blick nehmen, die nötigen Leitplanken für einen verantwortungsvollen Umgang, u. a. durch einen Ausbau der anwendungsnahen Begleitforschung, setzen und die Bevölkerung auf gesicherter wissenschaftlicher Grundlage informieren.

## Haushaltssperre des Deutschen Bundestags beim Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien genau hinterfragen

Das **Marktanzreizprogramm** ist das **wichtigste Förderinstrument**, um den Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmemarkt voranzubringen.

Damit wird der Klimaschutz entscheidend gestärkt. Wenn die Förderung eingestellt wird, drohen zusätzlich erhebliche Umsatzeinbußen bei Gewerbe und Handwerk.

Vor diesem Hintergrund **bedauert es die CSU-Fraktion**, dass ausgerechnet die **Förderung der erneuerbaren Energien** durch die vom Haushaltsausschuss des Bundestags beschlossene Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm **gekürzt wird**.

In einem Antrag haben wir die **Staatsregierung** deshalb **gebeten, alle Möglichkeiten** der Einflussnahme **zu prüfen**, um diese **Entscheidung rückgängig zu machen**.

Natürlich sind wir uns als CSU-Fraktion der schwierigen Situation bewusst, in der sich der Bundeshaushalt befindet. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass es mit Blick auf den globalen Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Bayern der falsche Weg ist, die Förderung der Nutzung erneuerbaren Energien im Wärmemarkt einzustellen.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### 3. Bayerischer Musikplan

In diesem Jahr wird der Ministerrat mit dem 3. Bayerischen Musikplan einen vollständig neu überarbeiteten Entwurf beschließen. Der Bayerische Musikplan hat sich in der Vergangenheit hervorragend bewährt. Die Neufassung soll Garant dafür sein, dass Bayerns Musikleben auch in Zukunft hervorragendes leistet und Bayern ein singendes und klingendes Land bleibt.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, über die **Fort-schreibung des Bayerischen Musik-plans** in den Ausschüssen für Hochschule, Forschung und Kultur sowie Bildung, Jugend und Sport im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung **im Herbst 2010 zu berichten**.

### **Körpergröße von Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst**

Im Herbst 2009 hat der Bayer. Landtag beschlossen, die Einstellungsbedingungen für den Polizeivollzugsdienst so zu ändern, dass für die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern, die die **Mindestgröße von 1,65 m** nicht erreichen, **Ausnahmen in Einzelfällen möglich sind**.

Um uns ein Bild davon machen zu können, wie die Ausnahmemöglichkeit in der Praxis gehandhabt wird, haben wir die **Staatsregierung** in einem Antrag **aufgefordert**, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicher-

heit über die Erfahrungen **zu berichten**.

### **Wirtschaftlichkeitsprüfung für einen möglichen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Plattling-Landshut**

Die **häufigen Verspätungen im Winter 2009/2010** auf der Strecke Passau-Plattling-Landshut-München sind auch auf die durch den Fahrplanwechsel erhöhte Auslastung der Strecke zurückzuführen.

Erreichen Züge aus Richtung Passau oder München verspätet den bisher nur eingleisig ausgebauten Bereich zwischen Landshut und Plattling, kommt es zu ungeplantem Begegnungsverkehr und weiteren Verspätungen. Diese **Situation ist unbefriedigend**.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Aufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplans auch der mögliche **zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Plattling-Landshut einer Nutzen-Kosten-Untersuchung unterzogen wird**.

### **Ferienarbeitsplätze bei monatlichen Statistiken nicht berücksichtigen**

In einem Antrag haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich dafür einzusetzen, dass **Ferienarbeitsplätze**

(Beschäftigungsverhältnisse von max. drei Monaten pro Jahr) bei der Festlegung der Mitarbeiterzahl, ab der monatliche Statistiken zu führen sind, **nicht berücksichtigt** werden.

Die Verpflichtung von Unternehmen zur Abgabe von Monatsberichten und zu einer monatlichen Produkterhebung ist an die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geknüpft.

Bei **mehr als 50 Beschäftigten** sind Betriebe **zu monatlichen Statistiken verpflichtet**. Da dies mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, ziehen Betriebe, deren Mitarbeiterzahl sich an der Grenze zu dieser Schwelle bewegt, häufig die Konsequenz, **keine Ferienarbeiter** mehr zu beschäftigen.

Für uns ist es jedoch **wichtig**, Schülern und Studenten die **Möglichkeit zu eröffnen**, in ihren Ferienzeiten in Betriebe hineinzuschnuppern und sich dabei etwas zu verdienen.

### **Einführung einer Brennelementesteuer unterstützen**

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, die durch die Bundesregierung geplante **Einführung einer Brennelementesteuer zu unterstützen**, die einen wichtigen Beitrag der Energieversorger zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leisten kann.

### **Gentechnisch veränderter Mais in Bayern**

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung aufgefordert**, in den Ausschüssen für Umwelt und Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die kürzlich bekannt gewordenen **Verunreinigungen von gentechnisch veränderten Maissaatgut** in Bayern **zeitnah zu berichten**.